267401

POSTULAT

Urheber	Claudia Alpiger, PS, Evelyne Pfammatter, Die Mitte Oberwallis, Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen, neo - Die sozialliberale Mitte und Stéphanie Revaz Martignoni, Le Centre
Gegenstand	Analyse zu den Mietpreisen in den Gemeinden
Datum	10/09/2025
Nummer	2025.09.374

Die Wohnsituation stellt seit einiger Zeit eine grosse Herausforderung im Wallis dar - nicht nur für die armutsgefährdete Bevölkerung. Obschon der hypothekarische Referenzzinssatz schwankt, ist der prozentuale Anteil der Kosten für das Wohnen an den Einkommen gestiegen. Eine dauerhafte Entspannung zeichnet sich mittelfristig nicht ab.
Daher steht die öffentliche Hand in der Pflicht, in diesem Bereich eine proaktive öffentliche Politik und Grundlagen zu schaffen, um koordiniert und zielgerichtet auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen zu reagieren.
Auch in Bezug auf die Berechnung der im Rahmen der Sozialhilfe vorgesehenen Mietbeteiligung (welche von den Gemeinden festgelegt werden) wäre es von Vorteil, geeignete Grundlagen pro Gemeinde zu haben. Denn aktuell erstellt jede Walliser Gemeinde ihren eigenen Tarif für die Berechnung des Existenzminimums, der sich insbesondere auf eine Schätzung im Zusammenhang mit den durch die Wohnung verursachten Kosten stützt - oder teilweise schlicht und einfach aufgrund politischer Mehrheiten in den Entscheidgremien festgelegt werden. Diese sollten jedoch auf der Grundlage der Realität des Immobilienmarktes und der Mietpreise vor Ort definiert werden. Deshalb braucht es eine breit ausgelegte Studie über die Lage auf dem Immobilienmarkt im Kanton Wallis, konkret über die Mieten/Mietpreise pro Gemeinde und Wohnungsgrösse (Minimum, Maximum, Median) - damit sich die Gemeinden bei ihren Berechnungen darauf stützen können.

Schlussfolgerung

Infolgedessen fordern wir den Staatsrat auf, eine Analyse zu den Mietpreisen pro Gemeinde durchzuführen, die insbesondere folgende Punkte beinhaltet:
1. Eine Erhebung der aktuellen Mietpreise im Kanton Wallis, differenziert nach Regionen, Gemeinden und unterteilt in Wohnungsgrössen. Dabei soll auch zwischen urbanen und ländlichen Regionen unterschieden werden.
2. Eine Untersuchung der Mietpreisentwicklung in den letzten zehn Jahren mit einer Darstellung des Trends und allfälligen Mietpreissteigerungen.
3. Ein Vergleich der aktuell gültigen Mietzinsrichtlinien und Mietzinslimiten für Sozialhilfeempfänger:innen mit den effektiven Marktpreisen. Insbesondere die Prüfung, ob die Limiten für eine existenzsichernde Wohnraumbeschaffung genügen sowie die Identifikation von Gemeinden, in denen Sozialhilfeempfänger:innen keine marktübliche Wohnung finden können.